



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/104 - 5. 5. 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Wehrpflicht und Wiedervereinigung	S. 1
Tito fünf Tage in Paris	S. 3
Wiedervereinigungs- und Satellitenproblem	S. 5
Wiener Begegnung sozialistischer Freiheitskämpfer	S. 6
Zur Verabschiedung des Wohnungsbaugesetzes	S. 7

Die besondere deutsche Situation

sp. Der letzte Freitag hat nur den Auftakt für die grosse Auseinandersetzung um die Form der künftigen Wehrverfassung in der Bundesrepublik gebracht. Diese brennende Frage wird auf der parlamentarischen Ebene wie in der breitesten Öffentlichkeit auf der Tagesordnung bleiben, und sie wird auch, ganz zwangsläufig, wesentlicher Bestandteil aller Überlegungen sein, die sich mit der Zusammensetzung des nächsten Bundestages befassen. Jedermann spürt, dass es um eine schicksalhafte Entscheidung geht, für den Einzelnen wie für die Gesamtheit.

Immerhin ist es ein grosser Vorteil, dass diese Auseinandersetzung in aller Öffentlichkeit geführt werden kann. Als vor 21 Jahren Hitler die Wehrpflicht wieder einführte, tat er es in einer politischen Atmosphäre, die keinen Austausch von Argumenten mehr kannte, in der das, was man fälschlicher Weise weiterhin "öffentliche Meinung" nannte, gewaltsam seiner eigenen Meinung gleichgeschaltet und in der der nationalistischen Phrase Tür und Tor geöffnet worden waren.

Das alles geschah gegen internationale vertragliche Verpflichtungen und, wie erst nachträglich bekannt geworden ist, in dem festen Willen, die Waffen, die man sich wieder zulegte, auch dann zu gebrauchen, wenn die Gegenseite weitestgehend auf politische Forderungen Hitlers eingehen wollte, wie es dann auch später geschah.

Die Aufstellung eines 500.000-Mann-Heeres auf Wehrpflichtgrund-

lage in der Bundesrepublik soll nun im Gegensatz dazu gerade in Erfüllung internationaler vertraglicher Verpflichtungen vor sich gehen, sagt die Bundesregierung. Die Opposition hat mit dem schweren Gewicht der Tatsachen, die für ihre Auffassung sprechen, diese Verpflichtung bestritten. In jedem Fall macht dieser Streit erst so recht deutlich, wie radikal der Wandel ist, der sich vollzogen hat:

Nach einem Kriege, dessen eigentlicher Ausgangspunkt in dem Willen dessen lag, der vor 21 Jahren die Wiederbewaffnung des Reiches beschloss und durchsetzte, verkündete zehn Jahre danach die Gemeinschaft der siegreichen Gegner dieses Regimes, dass den Deutschen für alle Zeiten verboten sein sollte, Waffen zu tragen. Und wieder neun Jahre später drängt sich die Regierung des grösseren Teiles des gespaltenen Deutschlands förmlich nach Bewaffnung unter Berufung auf Verpflichtungen gegenüber denen, die die endgültige Entwaffnung Deutschlands verkündet hatten! Und so wie westlich des Eisernen Vorhanges, der Deutschland seit zehn Jahren spaltet, geschieht es ebenso östlich davon, wobei man sich dort freilich nicht auf Verträge beruft, weil man auch ohnedies nur Instrument in der Hand eines allmächtigen Auftraggebers ist.

So sind die Spitzen der Schwerter, die man den Deutschen diesseits und jenseits der ihnen aufgezwungenen Trennungslinie in die Hände drückt, in unmittelbarer Drohung aufeinander gerichtet. Dies ist die Situation, die man nur allzu leicht und bereitwillig vergisst. Und doch ist sie der Grund dafür, dass die Zusammenhänge vom deutschen Standpunkt aus sich so vollkommen anders darstellen, als in irgendeinem anderen Lande, das sich seine staatliche Einheit bewahren konnte und als Ganzes für die eine oder die andere Seite optieren kann - oder muss.

Dieses Problem der unlösbaren Verbundenheit der Frage der deutschen Bewaffnung mit der deutschen Wiedervereinigung, das sich bei einer Wehrpflicht sehr viel gefährlicher stellt als bei einem Berufsheer, wurde in der ersten Lesung des Wehrpflichtgesetzes leider nur ungenügend berücksichtigt, wenn man von der Rede des sozialdemokratischen Sprechers Erler absieht. Immer wieder tat man so, als ob die Bundesrepublik das ganze Deutschland sei. Und wenn der CDU-Abgeordnete Kliesing bestritt, dass eine "brutale Drosselung unseres Verteidigungsbeitrages die Chancen der Wiedervereinigung erhöhe", so hätte er stattdessen sagen sollen, dass die Leistung eines Beitrages in der von der Regierung vorgesehenen Höhe unvermeidlich die Wiedervereinigung wesentlich erschweren, wenn nicht unmöglich machen muss.

Zwischen den Blöcken

Aus Belgrad wird uns geschrieben:

Ein hervorsteckendes Ereignis dieser Woche wird der fünftägige Staatsbesuch Titos in Paris sein. Der Montag als sein Beginn wurde erst drei Tage vorher bekanntgegeben - Teil der umfassenden Sicherungsvorkehrungen, die getroffen worden sind. Sie beruhen wohl auch auf der Erinnerung an die tödlichen Schüsse, die 1934 in Marseille König Alexander und auch den damaligen französischen Ministerpräsidenten Barthou trafen.

Aber die französisch-jugoslawischen Beziehungen sind, unbeschadet dieses tragischen Ereignisses, eigentlich immer recht freundschaftlich gewesen. Frankreich galt und gilt für viele Jugoslawen als das anziehendste westliche Land. Heute unterstreicht ein aktueller Akzent diese geschichtliche Tatsache: Ministerpräsident ist in Frankreich z.Zt. der Sozialist Mollet, der mit seinen Erklärungen zum Ost-West-Problem und seinen Hinweisen auf die notwendige Revision überholter und erstarrter politischer Methoden jugoslawischen Auffassungen durchaus entspricht. Der Besuch Titos in Paris ist interessant gerade auch im Hinblick auf die bevorstehenden Gespräche Mollets und seines Aussenministers Pineau in Moskau, wie er dem jugoslawischen Staatschef selbst für seinen baldigen Aufenthalt in der russischen Hauptstadt wichtige Informationen geben dürfte. Bedenkt man ausserdem, dass erst kürzlich die Aussenminister von Belgien und Norwegen, Spaak und Lange, beides Sozialisten, in Belgrad waren, so ist es nicht verwunderlich, dass dies alles in den naheliegenden Zusammenhang gebracht wird, es werde hier an einer Art Brückenschlag zwischen dem freiheitlichen Sozialismus und Moskau gearbeitet mit Tito als Initiator und Mittler zugleich.

Wie dem auch sei, sicher ist es nicht so, dass Tito sozusagen im unausgesprochenen Auftrag der neuen Herren in Moskau handelt. Denn ihm hat die Entwicklung Recht gegeben, die mit dem Besuch Bulganins und Chruschtschows im vergangenen Jahr in Belgrad einen für den jugoslawischen Staatsmann triumphalen Ausdruck fand und die nach dem 20. Kongress der KPdSU und den antistalinistischen Folgeerscheinungen in den Satelliten-Ländern einen neuer Höhepunkt er-

5. 5. 1956

reichte. Es ist also sehr unwahrscheinlich, dass sich ein Mann von Titos Gewicht, zumal in dieser Position, von Männern einspannen lässt, die die Überlegenheit seiner Erkenntnisse und Voraussagen anerkennen mussten.

Unworbener freiheitlicher Sozialismus

Andererseits ist kaum zu bezweifeln, dass sowohl dem Doppelgespann aus dem Krenl wie Tito heute in besonderem Masse daran gelegen ist, Kontakte zu den freiheitlich-sozialistischen Parteien in Westeuropa zu verstärken oder zu schaffen. Beide konkurrieren in diesen Punkt sogar miteinander, möchte man sagen. Dabei hat man in Belgrad wohl vermerkt, dass gegenüber jugoslawischen Bemühungen um eine engere Fühlungnahme mit den westlichen Sozialdemokraten von diesen erheblich mehr Entgegenkommen gezeigt wird, als bei den entsprechenden Annäherungsversuchen Moskaus. Hier haben sich die Vertreter der freien sozialistischen Parteien, zuletzt in feierlicher Form in Zürich, strikt ablehnend verhalten. Besonders drastisch und bezeichnend war auch der harte Zusammenstoß zwischen den russischen Besuchern in London und der Laocur-Party. Von dieser Seite her dürften also keine Aussichten bestehen, zu einer neuen Volksfront-Bewegung zwischen Kommunisten und freien Sozialisten zu kommen. Das ist klar.

Die wesentlich bessere Position Titos im Urteil des Westens würde aber vermutlich geschwächt werden, wenn nun er seinerseits auf irgendeine Form der Aktionseinheit zwischen den gegnerischen Kräften des freien Sozialismus und des Kommunismus drängen sollte. Auch Pläne für die Schaffung einer neuen erweiterten Internationale, wie sie in Jugoslawien bestehen sollen, hätten wohl wenig Aussicht, trotz der kürzlich erfolgten Auflösung der Kominform durch Moskau, die, als Vorgang innerhalb der kommunistischen Welt betrachtet, ein weiterer Erfolg für Tito gewesen ist.

In jedem Fall dürfte der Besuch des jugoslawischen Staats- und Regierungschefs der allgemeinen Entspannung dienen. Es entspricht den Vorstellungen Titos, dass das scharfe Gegeneinander der Blöcke, wie es heute fast überall in der Welt, vor allem aber in Europa, immer noch besteht, abgebaut werden muss. Das ist seit Jahren seine Grundauffassung. Seine Reise zu einem anderen hervorragenden Vertreter dieser These, zu Nehru, war der sichtbarste Ausdruck dafür.

Unheilvolle Verquickung

Von Dr. Adolf Arndt, M.d.B.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat es für richtig gehalten, in Nr. 76 des 'Bulletin' auf S. 703/4 eine Rundfunkrede des Ost-Exilpolitikers Dr. Petras Karvellis abzudrucken, in der behauptet wird,

"dass die Wiedervereinigung Deutschlands nur auf dem Wege der Wiederbefreiung der von den sowjetisch versklavten Völker denkbar ist."

Dies ist immer wieder die Verquickung der deutschen Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit mit einer "Neuordnung Osteuropas."

Dass auch das polnische, tschechische, ungarische und rumänische Volk sowie die Völker der baltischen Staaten zu Europa gehören, ist ebenso gewiss, wie es ein aus Gründen der Menschlichkeit und des Rechts notwendiges Bestreben der freien Welt bleiben muss, auch die Freiheit jener europäischen Völker wiederhergestellt zu sehen. Gleichwohl ist es nicht nur bedenklich, sondern wäre ein unerträglicher politischer Fehler, jene Frage der Freiheit für die osteuropäischen Völker mit der deutschen Frage zu koppeln. Denn die deutsche Frage ist sowohl eine Frage der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit als auch - und hierin liegt der entscheidende Unterschied - eine Friedensfrage.

Es ist und bleibt das Versäumnis der Bundesregierung, nicht mit dem genügenden Nachdruck es der westlichen Welt vor Augen geführt zu haben, dass die eigene Sicherheit aller Staaten des Westens von einer befriedigenden Lösung der deutschen Frage mit abhängt, weil es keine bessere Verteidigung des Westens gibt als durch die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit. Die deutsche Frage ist deshalb nicht nur ein Freiheitsproblem für die Deutschen und ein Gerechtigkeitsproblem für die Welt, sondern ein aktuelles Entspannungsproblem, ohne dessen Lösung es keine dauerhafte und hinreichende Sicherheit gibt.

Die Bundesregierung und ihre Regierungsparteien sollten sich endlich klar und unzweideutig darüber erklären, wie sie sich zu diesen Fragen stellen.

Wer die Einheit Deutschlands in Freiheit nur unter der Bedingung will, dass zugleich auch die von der Sowjetunion versklavten osteuropäischen Völker frei werden, der will in der gegenwärtigen Lage auf absehbare Zeit die deutsche Wiedervereinigung nicht.

Niemals vergessen !

A.E. In der vergangenen Woche fuhren über 600 Männer und Frauen nach Wien. Sie kamen aus allen Teilen Westdeutschlands, manche sogar aus Westberlin. Für einige Tage waren sie Gäste der sozialistischen Partei Österreichs, gefeiert und geehrt vom sozialistisch verwalteten Wien.

Es waren Gäste besonderer Art, die sich einst nicht träumen liessen, dass sie wieder die Luft der Freiheit atmen werden - es waren sozialistische Träger des Widerstandes gegen das Dritte Reich.

Die Einladung erfolgte aus einem besonderen Anlass: Die österreichische Bruderpartei grüsste in diesen Männern und Frauen jenes Deutschland, das um der Freiheit und der Menschenwürde willen Unsägliches in den Kerkern und Konzentrationslagern des Dritten Reiches erdulden musste, und von denen viele noch die Wundmale ihrer Leiden am Körper tragen. Sie sind die wenigen Überlebenden einer Rassen-schar von ehemals Gekühten und Verfolgten, und die Gemeinschaft, die sie bilden, reicht über Länder und Grenzen hinweg. Die Erinnerung an eine schreckliche Vergangenheit hält sie ebenso zusammen wie das Vermächtnis ihrer toten Kampfgefährten, eine Wiederkehr der Barbarei zu verhindern.

Der Empfang, der diesen Zeugen einer unzerstörbaren Freiheits-gesinnung von den Wiener Sozialisten bereitet wurde, freundschaftliche Gesinnung, mit der man ihnen begegnete, die Würde und der Ernst der gemeinsamen Erinnerungstunden schufen neue menschliche Bindungen. Wenn es, als Folge der Besetzung Österreichs und des zweiten Weltkrieges mit seinem Blutzoll an österreichischen Männern und Frauen, jemals eine Kluft zwischen dem deutschen und dem österreichischen Volk gab, so hat sie für die Opfer der Gestapo nie bestanden. Die Gedenktafeln des Vernichtungslagers Mauthausen bergen neben den Namen fast aller europäischen Nationen auch die Namen von Deutschen und Österreichern, denen die Liebe und die Verpflichtung zur Bewahrung des Menschlichen in einer dunklen Zeit innerster Antrieb ihres Widerstandes gegen verbrecherische Gewalten war. Sie wurden gefoltert, dem Genickschuss und dem Henker ausgeliefert mit der Gewissheit im Herzen,

Dünger einer besseren Zeit zu sein.

Die Begegnung zwischen deutschen und österreichischen sozialistischen Widerstandskämpfern, die ihren Höhepunkt in der Wiener Maifeier fand, jener grossartigen Bekundung eines dem Neuen zugewandten freiheitlichen Gestaltungswillens, stand unter dem Motto: Niemals vergessen ! Im Vergessen liegt manchmal ein Segen. Aber es gibt auch eine Verderben bringende Wirkung des Vergessens: dann nämlich, wenn ein Volk oder seine führenden Schichten die Augen davor verschliessen, was einst an Schrecklichem geschah, im geschändeten Namen eines irregeleiteten Volkes und einer verbrecherischen Regierung. Allzu stark ist die Neigung bei vielen, die Geschichte erst von 1945 an zu datieren, allzu gross die Geneigtheit, das Geschehen von 1933 bis 1945 sozusagen als einmaligen Betriebsunfall zu betrachten, allzu sichtbar auch das Bestreben, nicht wahrnehmen zu wollen, was das Gewissen beunruhigt. Mit Filmverboten, wie es auf Wunsch der Bonner Regierung in Cannes geschah, werden jedoch die dunkelsten Seiten unserer Geschichte nicht ausgelöscht. Das Verdecken einer Vergangenheit tiefster Erniedrigung, des Schreckens und des Grauens geschieht aus schlechtem Gewissen.

Um unserer selbst willen haben gerade wir Deutsche allen Anlass, unsere Vergangenheit genau zu erkennen, um das Bewusstsein für sittliche Werte stets lebendig zu erhalten und um unser Volk vor einem erneuten Absturz in den Abgrund zu bewahren. Weil wir nicht wachsam genug waren, gewannen die Zerstörungskräfte und die Menschenverächter vor 23 Jahren die Oberhand. Dass dies nicht wieder geschehe, ist das Gelöbnis aller, die sich in diesen Tagen in Wien treffen. Sie wissen sich darin einig mit allen guten Geistern, denen, wo immer sie auch stehen mögen, die Bekämpfung jeder totalitären, den Menschen auslöschenden Gewalt Gebot ihres politischen Wirkens ist.

+ + +

Nach sozialer Rechtsstaat ?

sp. Der Anspruch der Bundesrepublik, ein sozialer Rechtsstaat zu sein, ist mit der am Freitag erfolgten Verabschiedung des zweiten Wohnungsbau- und Familienheimgesetzes äusserst fragwürdig geworden. Auf der Wahlstatt einer erbittert geführten Parlamentsschlacht blieben Millionen von Wohnungssuchenden zurück. Von einem sozialen Wohnungs-

bau kann in Zukunft nunmehr keine Rede mehr sein.

Das Wohnungsdefizit beträgt elf Jahre nach Kriegsende, immer noch drei Millionen Wohnungen; es fehlen etwa zwei Millionen Wohnungen für Mehrfamilienhaushalte und eine Million für Einzelpersonen. Es sind vorwiegend wirtschaftlich leistungsschwache Kreise, denen der besondere Schutz des Staates zugesichert wurde und die auch ohne Gesetz einen unabdingbaren Anspruch auf entscheidende Anstrengungen der Öffentlichkeit haben, alles zu tun, um zu einer Überwindung ihres sozial- und staatspolitisch gleich bedrohlichen Notstandes zu kommen. Das vom ersten Bundestag verabschiedete Wohnungsbaugesetz ging von diesem Notstand aus, der damalige, leider zu früh verstorbene Wohnungsbauminister Wildermuth war peinlich darauf bedacht, sich auf diesem Gebiet der Zusammenarbeit mit der Opposition zu vergewissern. Unter ihrer Initiative kam auch das Gesetz zustande, das, wenn es auch nicht ganz ihren Vorstellungen entsprach, immerhin unbestreitbare Erfolge brachte.

Der Nachfolger Wildermuths, Preußker, legte keinen Wert auf solche Zusammenarbeit. Unter seiner Ministerschaft wurde der soziale Wohnungsbau stark eingeschränkt. So entfielen 1955 von je 100 erstellten Wohnungen im Bundesdurchschnitt nur 49 gegenüber 54 im Jahre 1954 auf den sozialen Wohnungsbau. Der jetzige Wohnungsbauminister suchte Mittel vom sozialen Wohnungsbau für Schichten abzuzweigen, denen der Anspruch auf eine sogenannte Sozialwohnung nicht zugedacht war.

Es ist bezeichnend für den Geist der Mehrheit des Bundestages, dass sie diesmal wohl dem Grundsatz folgend, sich auch durch den grössten Sachverständigen von ihrem Vorhaben nicht abbringen zu lassen, alle sozialdemokratischen Änderungs- und Verbesserungsanträge ablehnte. So gibt es nunmehr keine Sicherung dagegen, dass Wohnungssuchende mit geringem Einkommen keine höhere Miete als 1,10 DM je Quadratmeter zu zahlen brauchen, wie es auch keine Gewähr dafür gibt, den drohenden Rückgang des Wohnungsbauvolumens infolge von Preis- und Kostensteigerung durch Erhöhung der Mieten auszugleichen. Der Antrag der Opposition, vom nächsten Jahr an eine Milliarde DM für den sozialen Wohnungsbau festzulegen, wurde abgelehnt, ebenso auch der Antrag, von der 1957 bis 1962 zu erstellenden 1,8 Millionen Wohnungen mindestens 1,2 Millionen für Bevölkerungskreise mit geringem Einkommen zu sichern. Die unvermeidbare Welle von Mieterhöhungen, denen dieses Gesetz die Schleusen öffnet, wird zu unvermeidlichen sozialen Erschütterungen führen.

- + +

Verantwortlich: Peter Raunau